

La Suisse existe. La crise n'existe pas.

Ich möchte mich für die Einladung, hier im Rahmen des PR-Symposiums sprechen zu dürfen, ganz herzlich bedanken.

Mir ist in der Einladung v.a. die doch etwas rhetorische Frage aufgefallen: *Hat der Bundesrat, gestählt durch die Krisen der Vergangenheit, sich eine neue Glaubwürdigkeit aufgebaut?* Was für eine Frage! Ich bin darob fast verzweifelt. Auf einmal hab ich gesehen, dass in derselben Einladung auch schon die Antwort formuliert worden ist. *Glaubwürdigkeit ist nicht herstellbar. Sie setzt Format voraus.* Diese einleuchtende Feststellung steht unter dem Namen Ludwig Hasler und macht mich in ihrer Ambivalenz schier trümmelig. Jedenfalls bin ich gespannt und in der Zwischenzeit war es für mich wenigstens schon mal tröstlich, den Ausführungen von Alfred Defago entnehmen zu dürfen, dass man in den USA unser Gerede von der Krisenuntauglichkeit der schweizerischen Regierung gar nicht so ernst nimmt.

Wir sprechen hier von einer Krise. Von der ökonomischen Krise. Und wir sprechen von der Kommunikation, von der Art und Weise, wie man in einer Krise kommuniziert. Aus diesen beiden Aspekten entsteht die Disziplin oder das Produkt Krisenkommunikation.

Kleiner Einschub: in meinen Ausführungen lasse ich zwei krisentreiber - die Medien und die Parlamentarier - völlig beiseite und beschränke mich auf den Bundesrat.

Seit dem Beginn meiner altersbedingten Pension am letzten 1. April habe ich immer wieder Anfragen erhalten, mich zur Krisenkommunikation zu äussern. Oder jemanden zu beraten, wie er in einer kritischen, ja ausweglosen Situation kommunizieren solle.

Als mich dann Thomas Maurer für diese Veranstaltung angefragt hatte, habe ich endlich begriffen, wo ich gearbeitet habe: im Bundeshaus, in einem absoluten Krisenunternehmen. In einem Tollhaus, so hat es Bundesrat Villiger einmal, in anderem Kontext, genannt.

Ich habe dann folgendes festgestellt.

Ausserhalb des Bundeshauses geht man einfach davon aus, dass innerhalb des Bundeshauses wahrscheinlich im Sitzungszimmer des Bundesrates in einer Schublade ein KrisenKommunikationsKonzept (Abkürzung KKK) liegt.

Ich darf ja auch heute noch nichts aus dem Bundesratszimmer ausplaudern, aber wenn es ein solches Konzept gäbe, würde ich auf eine Frage danach sofort mit *no comment* antworten. Aber ich kann Ihnen hier ganz klar sagen: es gibt zwar im Bundesratszimmer oder in seiner Umgebung Dokumente oder Gegenstände zum ausschliesslichen Gebrauch in kritischen Situationen. In der Schublade eines Vizekanzlers liegt in einem Plastikmäppli mit dem Aufdruck EDMZ ein Evakuationsplan. An der Korridorwand gegenüber dem Eingang zum Bundesratszimmer hängt ein noch ungebrauchter Defibrillator, ein medizinisches Gerät, mit dem man Herzrhythmusstörungen direkt vor Ort mittels Stromstössen beenden können sollte. Irgendwo in der Nähe hängt auch ein roter Feuerlöscher. Und nebenan im Weibelzimmer hinter dem Schrank steht zusammengeklappt die Tragbahre, ein Armeemodell. Mit all diesen Dingen können Sie in der Krise, von der wir sprechen, wenig anfangen.

Ich erwähne dies alles auch nur deshalb, um Ihnen den Eindruck, der Bundesrat habe kein KKK, zu bestätigen.

Damit hätte ich eigentlich schon fast das Wesentliche gesagt. Und wir könnten zum nächsten Referat übergehen.

Aber ich will Ihnen doch ein paar Gedanken vortragen, welche diese vermeintliche Konzeptlosigkeit begründen soll.

Die Konzepte liegen denn auch manchmal gar nicht dort, wo man sie vermuten würde. Eine Suchmaschine, selbst eine noch so gute, hilft hier schon gar nicht weiter. Und Es kommt noch etwas und vor allem hinzu: nämlich dass der Bundesrat, im Vergleich zu anderen Ländern, gar keine Regierung ist. Eine klassische Regierung umfasst das Staatsoberhaupt, das Kabinett geführt von einem Ministerpräsidenten oder einer Bundeskanzlerin und die Ministerien. Bei uns ist halt wirklich alles ein wenig anders. Wir haben kein Staatsoberhaupt, wir haben keinen Ministerpräsidenten, sondern nur eine Bundeskanzlerin. Der Bundeskanzler ist älter als die Institution Bundesrat. Der Bundeskanzler diente seit 1803 der Tagsatzung und ab 1848 dem Bundesrat als Staatsschreiber.

Der Bundesrat, das will ich damit sagen, ist gemäss Verfassung nur die oberste leitende und vollziehende Behörde. Ich sage es jetzt etwas grobschlächtig: in der Politik des Bundesrates ist etwa 95% Vollzug drin. Er vollzieht Ausführungsgesetze von Verfassungsartikeln und diese sind ihm auferlegt von Parlament, Volk und Ständen - und immer mehr auch von Brüssel.

Einer der viel über das Wesen des Bundesrates nachgedacht hatte, ein eigentlicher Staatsdenker, war Willi Ritschard. Er hat einmal, 1975, seinen linken Genossen, den Schtürmisieche us Züri, wie er sie immer liebevoll nannte, über die Eigenheiten des Bundesrates

und damit auch über den Sinn der Präsenz der SP im Bundesrat u.a. folgendes gesagt:

Wir sind ein Land ohne Regierungskrisen. Der Gesamtbundesrat tritt bei uns nicht zurück, wenn seine Vorstellungen nicht die Zustimmung des Parlamentes oder des Volkes finden. Der Bundesrat hat zu leiten, nicht zu regieren. Unsere Verfassung - und dies hatte Ritschard ganz deutlich hervorgehoben - unsere Verfassung macht das Volk zur Regierung.

Das Parlament und damit indirekt das Volk hat dem Bundesrat denn auch die Art und Weise vorgeschrieben, wie er zu kommunizieren hat. In einem Gesetz. Dort findet man, wenn schon kein KrisenKommunikationsKonzept, so doch klare, einfache und vernünftige Regeln mit welchen der Bundesrat aus dem Bundesratszimmer hinaus bzw. heute im Medienzentrum des Bundeshauses zu informieren hat.

Es gibt den zentralen Satz in der Bundesverfassung, im Artikel 180:

Er informiert die Öffentlichkeit rechtzeitig und umfassend über seine Tätigkeit.

Und dann im Ausführungserlass dazu, im RVOG steht der zentrale Passus über die Art und Weise wie der Bundesrat zu kommunizieren hat:

Er sorgt für eine einheitliche, frühzeitige und kontinuierliche Information über seine Lagebeurteilungen, Planungen, Entscheide und Vorkehren.

Hier ist die Konzeption der Kommunikation des Bundesrates in einem Satz zusammengefasst. Diese Bestimmungen gelten umfassend. Es wird nicht unterschieden, ob wir uns gerade in einer

Hochkonjunktur oder im Talboden einer Wirtschaftskrise befinden.

Von diesen Regeln der Information und Kommunikation abzuweichen ist dem Bundesrat höchstens in Ausnahmefällen erlaubt und zwar aus Rücksicht auf öffentliche Interessen oder zum Schutz der Privatsphäre dann, wenn dies geboten ist.

Ueber das Stützungspaket für den Finanzplatz hat der Bundesrat bis zum 16. Oktober 2008 geschwiegen, nicht informiert, in Anwendung der Ausnahmeklausel im selben Artikel 10 des G. Er hat aber ohnehin noch von einer anderen und wichtigeren Ausnahmebestimmung Gebrauch gemacht. Er hat sich, was äusserst selten vorkommt, auf die sog. Notartikel in der BV, 184 und 185, als rechtliche Grundlage für das Massnahmenpaket für die Stützung des Finanzplatzes und für die Rettung der UBS berufen.

Für einmal, hätte ich fast gesagt, hat er regiert und nicht einfach vollzogen, was ihm das Parlament vorgeschrieben hat. Und dabei hat der Bundesrat eben auch nicht rechtzeitig kommuniziert, sondern erst im Nachhinein. Dies aber insbesondere aus Gründen der Börsenrelevanz der getroffenen Vorkehren und im Sinne internationaler und nationaler Absprachen mit der Nationalbank und damals noch der EBK.

Am 19. Februar 2009 hat der Bundesrat dann lediglich zur Kenntnis genommen, dass die FINMA-Behörde aufgrund einer Verfügung die sich ihrerseits auf das BankG stützt, Bankkundendaten der UBS dem US-Justizministerium ausgeliefert hat. Auch diese Information konnte aus durchsichtigen Gründen erst nach erfolgter Operation gegeben werden.

In beiden Fällen erfolgten nach der schriftlichen bzw. der elektronischen Information ausführliche Medienkonferenzen.

Es gibt einfach ganz seltene Momente, in welcher es die komplexe Gravität der Situation nur gerade erlaubt, über Entscheide des Bundesrates einige wenige Parlamentarier im Vertrauen zu informieren, die nationalen und internationalen Partner und natürlich jene Verantwortlichen in der Verwaltung, welche solche Entscheide vorzubereiten haben. Die Verantwortung eines solchen Vorgehens liegt abschliessend beim Bundesrat. Er entscheidet in jedem Fall, dass kommuniziert wird nach den geltenden gesetzlichen Regeln, die ich vorhin angesprochen habe.

Ich weiss, das ist eine etwas juristische und mechanistische Betrachtungsweise.

Aber es scheint mir einerseits wichtig, Ihnen gezeigt zu haben, dass der Bundesrat über seine Vorkehren nur in einem vom Gesetz vorgeschriebenen Rahmen informieren konnte. Dass die Medien im Rahmen ihrer Aufgabe damit nicht zufrieden sind, liegt in der Natur der Sache.

Hauptsache ist doch, der Bundesrat hat gehandelt. Und hier gilt ein Wort das kürzlich der US GSC im Zusammenhang mit der amerikanischen Politik gegenüber islamischen Ländern gesagt hat: *Wir brauchen uns viel weniger darum zu kümmern, wie wir unsere Handlungen kommunizieren, als vielmehr darum, was unsere Handlungen kommunizieren.*

Was wohl, übertragen auf schweizerische Verhältnisse, bedeutet:

Wichtiger als die Kommunikation ist das, was die Politik, was das Handeln des Bundesrates über ihn selbst aussagt.

Zum Schluss komme ich auf den Titel meines Referats zu sprechen. Ich möchte Ihnen einen exklusiven Einblick ins BRZimmer geben und Ihnen zeigen, wie der damalige BR wahrscheinlich eine der gravierendsten Identitätskrisen der jüngsten Schweizer Geschichte präventiv verhindert hat.

Ich blende zurück ins Jahr 1986 und bediene mich des Mittels der Fiktion, um das Amtsgeheimnis nicht über Gebühr zu strapazieren.

Es geht um die Weltausstellung in Sevilla. 1992. In der Bundesverwaltung geht man wie immer sehr frühzeitig an die entsprechenden Vorbereitungen. Auf einmal, im Spätsommer 1986, am Schluss einer ansonsten wie üblich manierlich und ruhig verlaufenen Sitzung, präsiert durch Alphons Egli, kommt man - wie gesagt: die Namen sind verbürgt, aber deren Worte nicht - kommt gegen den Schluss unter dem ständigen Traktandum Umfrage Jean-Pascal Delamuraz, Chef EMD, zu Wort.

Mon service de renseignements militaire m'a averti, que la Suisse se présentera à Séville dans quelques années avec cette devise, écoutez bien: "La Suisse n'existe pas". Or là il y a quelque chose qui ne joue pas ou qui tournera mal.

Delamuraz blickt etwas weniger sanftmütig als gewöhnlich und fixiert den Innenminister am Präsidentenpult, Alphons Egli.

Aber Bundeskanzler Buser glaubt, den EMD-Chef schon mal auf der bürokratischen Ebene beruhigen zu müssen und sagt rasch: Es ist selbstverständlich, dass die Bundeskanzlei den Satz in die übrigen Landessprachen übersetzen wird.

Mais non, hört man jetzt und einer lacht. Verkehrs- und Energieminister Leon Schlumpf meint ebenfalls im Innenminister den Schuldigen gefunden zu haben und stellt ihn zur Rede: Herr Präsident, sie sind doch Chef des Innern, der Kultur. Das ist doch ein Druckfehler. Werden Sie das korrigieren, Zeit dazu bleibt ja?

Frau Kopp, meine Herren, sagt nun der ansonsten bedächtige Luzerner (er befindet sich in seinem letzten Amtsjahr), mit schneidender Stimme: Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass das EDI nichts aber auch gar nichts mit diesem Spruch, der leider kein Druckfehler ist, zu tun hat. Ich weiss nicht, wer auf so etwas Hirnverbranntes gekommen ist und ich bitte, zu bedenken, welchen Eindruck spätestens die Besucher in Sevilla bekommen werden, aber vor allem was eine durchaus mögliche Indiskretion für gigantischen Schaden der Kommunikationspolitik des Bundesrates Jahre im voraus zufügen wird, wenn man dort unten offiziell behaupten will, die Schweiz gebe es nicht, obschon es sie nachweislich gibt und obschon sie sich dort unten mit ihrem Wertvollsten, was sie zu bieten hat, präsentieren wird.

Nun hebt Justizminister Furgler (auch er befindet sich in seinem letzten Amtsjahr) den Zeigefinger und spricht wie üblich druckreif: So, Herr Präsident, meine liebe Frau Kollegin, meine lieben Herren Kollegen, wir stehen nun an einem Ort, an einem Punkt auf unserem Weg, an dem wir uns schon entscheiden müssen, wohin wir weiter gehen wollen. Wenn in Sevilla der ganzen Welt vor Augen geführt werden soll, dass der Bundesrat, dass die Schweizer Regierung, die Schweiz, dieses unser Land, aufgegeben hat, dann wird diese Ausstellung für uns zum Fiasko von Sevilla, zur Katastrophe werden. Ich beantrage: 1. noch heute eine Task Force zu beauftragen, sofort herauszufinden, wer innerhalb oder ausserhalb der Bundesverwaltung uns diesen

nihilistischen Dada-Spruch unterjubeln will und sich dadurch des präsidenten Landesverrats schuldig macht und 2. mit einer Krisenkommunikation die ganze Welt mittels einer impertinenten Kampagne davon zu überzeugen, dass unsere teure Heimat, dass unser liebes Land samt seinem Volk, dass diese Schweiz wirklich und wahrhaftig existiert. Ich danke, Herr Präsident.

Um Gottes Wille, macht sich Otto Stich bemerkbar und der Präsident will gerade ansetzen mit: So beschlossen, da räuspert sich und hüstelt Pierre Aubert, was normalerweise heisst, dass er etwas sagen will. Und er sagt leise und langsam:

Je m'excuse, M. le président, ma chère et mes chers collègues, c'est au sein de mon département, le DFAE, qu'on a trouvé ce slogan, ce motto, ce proverbe et quand on me l'a présenté, je l'ai trouvé rigolo! J'ai trouvé pertinent d'être tellement rassuré de soi-même, d'être tellement selbstbewusst que de pouvoir prétendre que la Suisse n'existe pas. Pour le faire, il faut en être sûr et il faut, que nous tous soyons conscients: La Suisse existe, et la crise M. Furgler, elle n'existe pas.

28.10.09 / OS

Materialien

Am meisten stand vor gut einem Jahr auf dem Spiel. Man ging schon damals von etwas aus, das seither gebetsmühlenartig wiederholt wird: die UBS war und ist systemrelevant. Sie hat eine kritische Grösse, von welcher Existenz und Funktionieren mindestens des nationalen Finanzmarktsystems abhängen. Jetzt heisst es sogar schon wieder: UBS gerettet, System gerettet. Dabei denke ich, war die UBS gar nicht die Krise selbst sondern nur ein Ableger davon, einer unter vielen. Im System selbst liegt m.E. nach wie vor die Krise. Eine persönliche Bemerkung, nur am Rande.